

Sitzung des Oberengadiner Kreistrats

Artikelweises Herantasten an die Geschäftsordnung

Die Funktionsweise des Oberengadiner Kreistrats soll durch eine Geschäftsordnung geregelt werden. Nachdem das politische Gremium ein Jahr lang ohne eine solche gearbeitet hatte, wurden an der Donnerstagssitzung erste Artikel des Entwurfs beraten.

Marie-Claire Jur

Seit einem Jahr ist der neue erweiterte Oberengadiner Kreistrat im Amt, seit einem Jahr tagt und entscheidet er ohne rechtskräftige Geschäftsordnung. Eine Arbeitsgruppe hatte wohl schon Ende September 2008 ein solches Regelwerk für das Oberengadiner Parlament erarbeitet, doch verschob sich dessen Beratung auf die erste Kreistratsitzung im Jahr 2009. Gemäss dem Ansinnen des Kreisvorstands hätte am Donnerstag die erste Lesung dieses Geschäftsordnungsentwurfs stattfinden sollen. Nach einer längeren Eintretensdebatte, an der auch bemängelt wurde, dass Änderungsvorschläge in letzter Minute und an der Arbeitsgruppe vorbei postuliert worden waren, entschloss sich das Plenum auf Antrag von Kreistrat Gian-Duri Ratti zu einem anderen Vorgehen. Die vor-

liegende Geschäftsordnung sollte nicht als Ganzes in einer ersten Lesung durchberaten werden. Lediglich die wichtigsten der 37 formulierten Artikel des Entwurfs sollten einer Grundsatzdiskussion unterworfen und mit Abänderungsvorschlägen zuhanden der Arbeitsgruppe verabschiedet werden. Als wichtigste Artikel wurden die Artikel 4, 6, 13 und 23 bis 27 erachtet. Diese regeln die Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte, die Mitgliederstärke der Fraktionen, den Umgang mit Ordnungsanträgen und definieren die Art der parlamentarischen Vorstöße.

Praktisch diskussionslos gingen weitere kleine Geschäfte über die Bühne. So wurde ein Nachtragskredit über 250 000 Franken für Lohnzahlungen im Jahre 2009 im Spital und Alters- und Pflegeheim gebilligt. Der pensionierte Celeriner Arzt Rico Bisaz wurde einstimmig per 1. Januar 2009 in die Vormundschaftsbehörde Oberengadin gewählt und Kreistrat Gian Sutter zum neuen Stimmzähler bestimmt, nachdem Kreistrat Max Weiss von dieser Funktion demissioniert war. Als zusätzliches Mitglied des Kreistrats in den Vorstand der Musikschule Oberengadin in die Beratungen aufgenommen worden. Kreistrat Göri Klaingtu wird künftig dieses Amt innehaben.

Oberengadiner Kreistrat beschliesst, nicht zu beschliessen

Alternativen zur Chesa Ruppanner prüfen

Ob die Chesa Ruppanner zu einem Büro- oder Wohnhaus umgebaut wird, ob sie weiterhin die Amtsstellen des Kreises Oberengadin beherbergen wird, ist unklar. Der Kreistrat hat den Umbaubeschluss auf die März-Sitzung vertagt.

Marie-Claire Jur

Was soll mit der Samedner Chesa Ruppanner geschehen? Das im Jahre 1872 erstellte, heute als schützenswert eingestufte Gebäude gehört dem Kreis Oberengadin und beherbergt unter anderem das Kreisamt, das Betriebs- und Konkursamt, das Vermittleramt oder die Vormundschaftsbehörde. Aufgrund seines Sanierungsbedarfs wurden schon vor bald zehn Jahren dem Oberengadiner Kreistrat Ideen zur Sanierung sowie zum Umbau- und Ausbau präsentiert. Das Geschäft kam im letzten Jahr wieder aufs Tapet. Anlässlich der Kreistratsitzung vom letzten Oktober wurde dem St. Moritzer Architektenteam Tuena & Hauenstein der Auftrag erteilt, eine so genannte «Light»-Version für einen Umbau auszuarbeiten, wo lediglich die dringenden Sanierungsarbeiten am Gebäude umzusetzen wären. Diese «Light»-Variante, solstellte sich an

der Projektpräsentation an der vorgestrigen Kreistratsitzung heraus, sollte ein Bürohaus ohne Dachausbau sein. Die Umbau- und Sanierungskosten würden sich auf 4,5 Mio. Franken beziffern, mit Garage, Archiv und Umgebungsgestaltung gar 6,2 Mio. Franken.

Seitens der erweiterten FDP-Fraktion stellte Peter Barth den Antrag, nicht auf das Traktandum einzutreten respektive Beratung und Beschlussfassung auf die nächste Kreistratsitzung zu vertagen. Es sollten noch weitere Abklärungen getätigt werden. Zu prüfen wäre, ob sich für die Amtsstellen des Kreises in Samedan nicht noch andere Liegenschaften eignen würden, die gemietet werden könnten. Solche Abklärungen könnten bis zur Sitzung im März getätigt werden. Angesichts der noch unklaren Zukunft von grossen Infrastrukturbauten wie dem Alters- und Pflegeheim Promulins, der Frage nach dem künftigen Verwaltungssitz einer etwaigen Gemeinde Oberengadin seien der Standortentscheid und die damit zusammenhängenden doch recht grossen Investitionen in die Chesa Ruppanner nochmals zu überdenken.

Aus der anschliessenden Diskussion wurde klar, dass mit anderen Standorten – seien sie nur als Provisorium oder für einen längerfristigen Verbleib der Amststellen gedacht – das ehemalige Möbelgeschäft Baudraun oder Bauten der Academia Engiadina in Frage kommen.

Aus den Reihen der Arbeitsgruppe und Mitglieder der Freien Liste erwuchs diesem Antrag zur Vertagung zwar Opposition, auch weil grundsätzlich nochmals über die Zukunft und Nutzung dieses Gebäudes diskutiert werden sollte, doch schliesslich wurde mit 23 Ja- zu 7 Nein-Stimmen und bei zwei Enthaltungen dem Antrag der erweiterten FDP-Fraktion stattgegeben.

SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer zur Abstimmung über die Personenfreizügigkeit CH-EU:

«Ein Ja schafft gewaltige Probleme!»

Das Abstimmungspaket vom 8. Februar sei eine Moggelpackung und abzulehnen, befand Alt-Nationalrat Ulrich Schlüer an einer Veranstaltung der Oberengadiner SVP. Die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in das Freizügigkeitsabkommen mit der EU schade der Schweiz.

Marie-Claire Jur

Die Weiterführung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU sowie deren Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien ist im Oberengadin nicht Gegenstand kontraktlicher öffentlicher Podiumsgespräche, Befürworter und Gegner der Abstimmungsvorlage vom 8. Februar organisieren ihre eigenen Mobilisierungsanstrengungen.

Nach der Info-Veranstaltung des Pro-Lagers vom Dienstagabend im Hotel Laudinella (siehe EP vom 29. Januar), waren am Mittwochabend seitens der Gegenseite die Contra-Argumente zu hören. Auf Einladung der SVP Oberengadin und einiger privater Initianten waren rund 40 Personen im Hotel Waldhaus am See vereint, um zu hören, was Alt-SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer in dieser Sache zu sagen hatte.

Antidemokratisch

Bestehendes und Neues in einem einzigen Abstimmungspaket verquickt zu haben, dies sei die unselige Ausgangslage für die kommende Volksabstimmung, befand Schlüer in seinem Referat. Wäre die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die zwei neuen EU-Staaten Bulgarien und Rumänien als alleinige Vorlage dem Stimmvolk vorgelegt worden, hätte sie keine Chance gehabt. Dieses Paket geschürt zu haben und zu behaupten, mit einem «Nein» verbaue man sich die Zukunft mit der EU, sei schlicht eine «Erpressung». In Tat und Wahrheit werde die Ablehnung des Pakets keine Folgen haben, meinte Schlüer. Solange nämlich keine der zwei Vertragspartner die bilateralen Verträge formal kündige, geschehe nichts respektive würden sie automatisch weiterlaufen. Und bisher habe keine politische Kraft, weder in der Schweiz noch in der EU, eine Aufkündigung der Verträge gefordert, befand der Referent.

Schlüer prangerte zudem das Bundesparlament an, das Wortbruch begangen habe. Dem Schweizer Volk sei früher zugesichert worden, bei jeder Erweiterungsrunde der Bilateralen auf neue Mitgliederstaaten der EU frei und unabhängig von der generellen Weiterführung bestimmen zu können. Gerade dies sei am 8. Februar nicht gegeben, der demokratische Volksentscheid werde mit Füßen getreten.

PONTRESINA

Tourismusforum Alpenregionen in Pontresina

(ep) Das 19. «TourismusForum Alpenregionen» (TFA) findet vom 23. bis 25. März in Pontresina statt. Thematischer Mittelpunkt sind Hotelgrosso-Projekte. Eine Forumstour am dritten Tag soll zeigen, ob solche Projekte auch nachhaltig gestaltet werden können.

In den letzten Monaten sind in der Schweiz mehrere Hotelgrosso-Projekte aufgeleitet oder bereits umgesetzt worden. Eine Studie der Universität Bern kommt zu dem Schluss, dass Resorts zum Umbau des Schweizer Tourismus einen wichtigen Beitrag leisten. Die besten Chancen haben Luxusresorts und Feriendörfer.



Alt-Nationalrat Ulrich Schlüer (rechts) folgte einer Einladung der SVP Oberengadin und privater Initianten (im Bild Mario Satis) und machte sich für ein Volksnein am 8. Februar stark.
Foto: Marie-Claire Jur

Skepsis etlicher EU-Staaten

Schlüer wertete eine Personenfreizügigkeit mit Bulgarien und Rumänien als sehr problematisch. Es werde zu einer Zuwanderung kommen, die die Sozialversicherungen stark belasten werden. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise, die sich in den letzten Monaten auch in der Schweiz in einer steigenden Arbeitslosigkeit bemerkbar gemacht habe, sei ein Abkommen mit diesen Staaten für die Schweiz schlecht. Aber offenbar hätte auch die Hälfte der EU Mühe damit, die Grenzen für diese zwei neuen Mitgliedsländer vollends zu öffnen. Denn von den 25 bisherigen EU-Staaten hätten erst 14 die Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien ratifiziert, wirtschaftsstarke Länder wie Deutschland, Frankreich, England, Italien oder Holland befänden sich nicht darunter.

Es werde dem Stimmvolk gesagt, es komme nur ins Land, wer einen Arbeitsvertrag vorzuweisen habe, kritisierte Schlüer weiter. In Tat und Wahrheit dürfe sich aber jeder EU-Bürger während sechs Monaten zur Arbeitssuche in der Schweiz aufhalten und diese Frist sei verlängerbar auf 15 Monate. Solche Lücken des Gesetzes würden konsequent ausgenutzt werden, warnte der Referent. In Zeiten der Hochkonjunktur möge es für die Schweizer Wirtschaft attraktiv sein, selbstständig Erwerbende, in Deutschland «Ich-AGs» genannt, anzuziehen, in den aktuell schwierigen Zeiten hingegen bedeuteten solche Zuzüger lediglich eine existenzbedrohende Konkurrenz für

das bestehende Gewerbe, befand Schlüer.

Attraktive Sozialversicherungen

Die Schweiz sei immer noch ein attraktives Land für Einwanderer, auch für solche, die Missbrauch betreiben wollten. Das Lohnniveau sei höher als in der EU, dementsprechend auch die Arbeitslosengelder. Wer innerhalb der letzten zwei Jahre 365 Tage einer Erwerbsarbeit nachging, habe Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung. Theoretisch könne ein EU-Bürger also während 364 Tagen in seinem Land gearbeitet haben und danach einen einzigen Tag in der Schweiz. Melde er sich daraufhin bei den Schweizer Ämtern als arbeitslos, habe er Anspruch auf die hiesigen, also europaweit höchsten Entschädigungsleistungen. Besonders für Einwohner von Niedriglohnländern sei dies verlockend.

Schlüer warnte zudem vor einem Abfall des Lohnniveaus in der Schweiz sowie vor der Einwanderung von Fahrenden. Seit die Schweiz das Schengen-Abkommen unterzeichnet habe, gäbe es keine systematischen Personenkontrollen an den Grenzposten mehr. Im Gegensatz zur EU kenne die Schweiz auch noch keine Ausweisungspflicht. Dieser Umstand erleichtere den illegalen Aufenthalt. Schliesslich warnte Schlüer vor zusätzlichen Integrationsproblemen, schon jetzt seien Schulen, vor allem in städtischen Agglomerationen, mit der Integration von Ausländerkindern überfordert. Dies werde sich akzentuieren. «Ich bin vollends überzeugt, dass ein Ja der Schweiz gewaltige zusätzliche Probleme schaffen wird», meinte Schlüer. Ausserdem würde der EU ein Signal geben, dass das Land bei genügend hohem Druck von aussen nachgebe, erpressbar sei.

Kein Briefpapier?

Wird sofort gedruckt.

Alles in einem Haus.
info@gammeterdruck.ch



Die Druckerei der Engadiner.

Reklame

Angus Beef
Delikatessen
30. Januar bis 15. März

La Padella
Hotell Donatz, Samedan

www.hotelldonatz.ch - Tel. 081 852 46 66